

Kinder, Küche, COVID – Materialistisch-feministische staatstheoretische Perspektiven auf die Regierung von Care-Arbeit in der Pandemie

Beier, Friederike

2022

<https://doi.org/10.25595/3754>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Beier, Friederike: *Kinder, Küche, COVID – Materialistisch-feministische staatstheoretische Perspektiven auf die Regierung von Care-Arbeit in der Pandemie*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 31 (2022) Nr. 1, 87–95.
DOI: <https://doi.org/10.25595/3754>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v31i1.07>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Kinder, Küche, COVID – Materialistisch-feministische staatstheoretische Perspektiven auf die Regierung von Care-Arbeit in der Pandemie

FRIEDERIKE BEIER

Die weltweite Corona-Pandemie verschärft die bereits bestehende Care-Krise und führt damit zu einer Zuspitzung vergeschlechtlichter und intersektionaler Ungleichheitsverhältnisse. Während staatliche Politiken vorgeben, die Folgen der Pandemie auf Sorgearbeit abzumildern, sind sie jedoch Teil des Problems (Kabeer/Razavi/van der Meulen Rodgers 2021). Die bisherige Literatur zu Corona, Care-Arbeit und Geschlechterverhältnissen in Deutschland nimmt vor allem die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit während der Pandemie in den Blick. Dabei tragen mehrheitlich Frauen die Lasten der Corona-Krise, indem sie (noch) mehr unbezahlte reproduktive Arbeit leisten, da Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren und Quarantäneregelungen einen größeren Betreuungsaufwand mit sich bringen (z.B. Czymara/Langenkamp/Cano 2021). Während diese Forschung wichtige Beiträge zur Konstitution von Care-Arbeit und Geschlechterverhältnissen während der Pandemie leistet, wird die Rolle des Staates in Bezug auf die Regierung der Sorgearbeit größtenteils außer Acht gelassen. Zudem ist eine Theoretisierung staatlichen Handelns während der Corona-Krise bisher ausgeblieben.¹

Dieser Forschungslücke widmet sich dieser Beitrag und analysiert die Regierung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit während der Corona-Pandemie in Deutschland aus einer materialistisch feministischen staatstheoretischen (MFST) Perspektive. Im Fokus steht die Frage, inwiefern die staatliche Steuerung von Care-Arbeit in der Pandemie bestehende Geschlechterverhältnisse verschärft. Eine MFST-Analyse der Maßnahmen des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) verdeutlicht, dass die Ausweitung des Kinderkrankengeldes die Lasten der Care-Arbeit in der Krise weiter ins Private verlagert und es vor allem Frauen sind, welche die damit verbundene Mehrarbeit leisten.

Der Artikel geht zunächst auf die aktuelle Literatur zu Corona, unbezahlter Sorgearbeit und Geschlechterverhältnissen in Deutschland sowie auf die Grundlagen einer materialistisch-feministischen Analyse ein. Beispielhaft werden die Unterstützungsleistungen für Eltern des BMFSFJ in den Blick genommen und deren Implikationen auf Geschlechterverhältnisse und soziale Reproduktion dargelegt.

Corona-Krise, Geschlecht und Sorgearbeit

Seit Beginn der Corona-Krise wurden vielfältige Studien zur Verteilung von Care-Arbeit während der Lockdowns und der Schul- und Kitaschließungen durchgeführt. Wurde zu Beginn davon ausgegangen, dass die gesamtgesellschaftlichen Auswir-

kungen des Virus alle Menschen gleich treffen und daher auch geschlechtsneutral sein würden, ist relativ schnell klar geworden, dass Frauen und insbesondere Mütter die Folgen der Pandemie am deutlichsten zu spüren bekamen. Sie haben den Großteil der, durch geschlossene Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen, entstandenen Care-Arbeit übernommen (Czymara/Langenkamp/Cano 2021; Hipp/Bünning 2021). Die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit während der Pandemie manifestiert sich insbesondere dann, wenn diese Arbeiten bereits zuvor ungleich verteilt sind (Jessen/Spieß/Wrohlich 2021). Studien aus Österreich legen ebenfalls eine „Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen“ nahe (Foissner/Glassner/Theurl 2021, 65). Für den europäischen Kontext wurde festgestellt, dass die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit zu einer schlechteren ökonomischen Situation von Frauen geführt hat, wie etwa ein höheres Risiko arbeitslos zu werden (Reichelt/Makovi/Sargsyan 2021). Feministische politische Ökonom*innen haben weiterhin hervorgehoben, dass die Privatisierung des Pflegesektors und der marktorientierte Ansatz bei Pflegedienstleistungen die Auswirkungen dieser globalen Gesundheitskrise zugespitzt und bereits bestehende soziale Ungleichheiten aufgrund von Race, Klasse und Geschlecht noch verschärft haben. Zwar wurde die zentrale Rolle sozialer Reproduktionsarbeit durch die Corona-Krise gesamtgesellschaftlich hervorgehoben, gleichzeitig haben aber politische Strategien zur Lösung der Krise zu einer Verlagerung von Reproduktionsarbeit ins Private beigetragen (Kabeer/Razavi/van der Meulen Rodgers 2021). Viele feministische Wissenschaftler*innen sind sich einig, dass es die Aufgabe des Staates ist, die ungleiche Verteilung der unbezahlten Betreuungsarbeit anzuerkennen und politische Lösungen zu finden.

Die MFST bietet, wie der nächste Abschnitt aufzeigt, eine geeignete theoretische Perspektive, um staatliches Handeln in Bezug auf Reproduktionsarbeit zu erklären.

Materialistisch feministische Staatstheorie (MFST)

Ein MFST-Zugang ermöglicht die staatliche Regierung der Sorgearbeit während Corona zu erklären, weil er einerseits auf die gesellschaftliche und vergeschlechtlichte Arbeitsteilung zwischen reproduktiver und so genannter produktiver Arbeit fokussiert und andererseits die Rolle des Staates in der Regierung der Reproduktions- und Geschlechterverhältnisse untersucht. Ich orientiere mich hier an McIntoshs (1978) These, dass der Staat für die Aufrechterhaltung der Reproduktionsverhältnisse zuständig ist, was während der Pandemie besonders deutlich wurde.

Für einen materialistischen Feminismus bildet die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion und die Abwertung sozialer Reproduktion, auf die der Kapitalismus basiert, die Grundlage von Geschlechterungleichheit (Beier/Haller/Haneberg 2018). Feministische Staatstheorie versteht den Staat und seine Institutionen als vergeschlechtlicht und untersucht die Rolle des Staates in der Konstruktion und Reproduktion von Geschlechterungleichheit (z.B. Sauer/Wöhl 2011). Materialistisch inspirierte feministische Staatstheorie beschäftigt sich mit den Machtverhältnissen

sowie den materialistischen und vergeschlechtlichten Fundamenten eines kapitalistischen Staates (Ludwig/Sauer 2010). Dabei greift MFST auf die Arbeiten von Gramsci (2005), Althusser (2014) und Poulantzas (1978) zurück, die das Verhältnis zwischen Staat und Kapitalismus theoretisieren.

Materialistische Staatstheorie sieht den Staat nicht nach Marx (1961) als alleiniges Anhängsel oder Überbau der ökonomischen Verhältnisse, sondern als gesamtgesellschaftliches Kräfteverhältnis. Um die Rolle des Staates in der Regierung von feminisierter Reproduktionsarbeit zu verstehen, hat McIntosh (1978) von Althusser den Gedanken adaptiert, dass der Staat die Bedingungen, unter denen die soziale Reproduktion der Arbeiter*innenklasse stattfindet, bestimmt, um die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Akkumulation zu gewährleisten. Dementsprechend reproduziert der Staat die Rolle von Frauen in der Haus- und Sorgearbeit, um die kontinuierliche gesellschaftliche Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise zu sichern.

Der Staat vertritt demnach vorrangig kapitalistische Interessen, die er durch Gesetzgebungen und familienpolitische Leistungen durchsetzt, wie ich weiter unten in meiner Analyse der Regierungspolitik in der Pandemie erläutern werde. McIntosh (1978) steht einem rein ökonomischen Determinismus jedoch kritisch gegenüber und erkennt an, dass die Interessen des Staates und des Kapitalismus manchmal voneinander abweichen oder sogar im Widerspruch zueinanderstehen können, wenn es etwa um Geburtenförderung oder Sozialpolitik geht. Diese widersprüchlichen Interessen wurden besonders im ersten Lockdown deutlich, wo vorübergehend gesundheitspolitische Abwägungen über wirtschaftliche Interessen gestellt wurden.

Neuere politikwissenschaftliche Forschung beschäftigt sich mit den Bedingungen und Auswirkungen von staatlicher Steuerung der reproduktiven Arbeit. Demnach sind die Bedingungen, unter denen Sorgearbeit organisiert und durchgeführt wird, durch den Staat und durch die Formulierung und Umsetzung von familienpolitischen Gesetzen und Leistungen strukturiert (Eichner 2015). Die Exklusion von Sorgearbeit aus der öffentlichen Sphäre und ihre Verlagerung ins Private sind ein wichtiger Ausgangspunkt für feministische Kritik und Forschung zu Geschlechterungleichheit (Pateman/Phillips 1987; Ludwig/Sauer 2010).

Im Folgenden gehe ich darauf ein, wie die staatliche Regierung während der Pandemie zu einer Intensivierung von Sorgearbeit im privaten Bereich führt, um die Reproduktion der Reproduktionsverhältnisse sicherzustellen.

Kinder, Küche, COVID im kapitalistischen Staat

In Deutschland waren Schulen, Kindergärten und Kindertageseinrichtungen seit Beginn der Pandemie mindestens 42 Tage geschlossen (UNICEF 2021). Dabei gab es große regionale Unterschiede und Ausnahmen für systemrelevante Berufe (z.B. Berliner Senat 2021). Quarantäneregulungen und Corona-Erkrankungen führten ebenfalls zu einem vermehrten Pflegeaufwand. Diese erhöhten Anforderungen an Sorgearbeit trafen auf eine ohnehin schon global vorherrschende Care-Krise, die durch

neoliberale Politiken und kapitalistische Sachzwänge verursacht wurde (Dowling 2020).

Sorge- und Betreuungsleistungen während der Corona-Krise sicherzustellen und damit die Reproduktion der Reproduktionsverhältnisse aufrechtzuerhalten, ist der MFST-Perspektive zufolge Staatsaufgabe. Anstatt für die Umstrukturierung und die Einführung von Gesundheitsmaßnahmen in staatlichen Betreuungseinrichtungen zu sorgen, etwa durch den Einbau von Luftfiltern, kleinere Gruppengrößen sowie mehr Personal, wurde der Mehrbedarf an private Care-Arrangements ausgelagert. Gleichzeitig wurden Milliardenausgaben im Bereich der Unternehmenshilfen und durch Kurzarbeit geleistet und dadurch vorrangig ökonomische Interessen bedient (Dauderstädt 2021).

2020 hat die Bundesregierung als Reaktion auf Ausfälle aufgrund von Krankheit, Quarantäne sowie Kinderbetreuung Entschädigungsregelungen durch das Infektionsschutzgesetz (IfSG) vorgesehen. Nach §56 ist eine Entschädigung dann möglich, wenn Schulen und Kitas „zur Verhinderung der Verbreitung von Infektionen [...] vorübergehend geschlossen werden“ (IfSG 2020, §56, 1a, 1). Die Entschädigung wird sechs Wochen voll gewährt, danach umfasst sie nur noch 67% des Verdienstausfalls. Dabei zielt die Entschädigungsleistung auf Normalarbeitsverhältnisse, insbesondere bei angestellten Personen und schließt Menschen aus, die informeller und irregulärer Arbeit nachgehen.

2021 wurden die Kinderkrankentage von zehn auf dreißig (bzw. von 20 auf 60 Tage bei Alleinerziehenden) erweitert, wenn die Kita oder die Schule aufgrund von Corona geschlossen bleibt (BMFSFJ 2021a). Die Kinderkrankentage umfassen 90% des Nettogehaltes und gelten nur für Menschen mit Anspruch auf Krankengeld. Das Kinderkrankengeld wurde 2021 viel nachgefragt, aber bereits im April 2021 zeigte sich, dass es über 70% Frauen sind, die diese staatliche Leistung beantragen und wahrnehmen (NDR 20.04.2021). Dies ist insofern nicht überraschend, da zum einen Alleinerziehende zu 90% Mütter sind und zum anderen die finanziellen Einbußen für das Familieneinkommen meist geringer sind, wenn Frauen sie in Anspruch nehmen (Haller 2021).

Ähnlich wie beim Elterngeld zeigt sich hier, dass eine staatliche Leistung, die von gleichen Voraussetzungen ausgeht, aber faktisch auf einen großen Gender Pay Gap (DESTATIS 2021) und die steuerliche Benachteiligung von der*dem einkommenschwächeren Partner*in im Rahmen des Ehegattensplittings trifft, dazu führt, dass die Leistung eher von den Einkommenschwächeren, also meist Frauen, in Anspruch genommen wird. Gleichzeitig werden gering verdienende Alleinerziehende und Familien benachteiligt, da sie nicht auf zehn Prozent ihres Lohnes verzichten können und über wenig Rücklagen verfügen, um die Einkommenseinbußen zu kompensieren. Feminisierte Armut ist dabei selbst das „Ergebnis der Strukturen sozialer Reproduktion und geschlechtlicher Arbeitsteilung und den damit einhergehenden Ausschlüssen aus existenzsichernder Erwerbsarbeit“ (Schultz/Kyere 2020, 203). Privilegiertere Menschen können es sich zudem leisten, Care-Arbeiten an weniger

privilegierte Menschen auszulagern. Dass eine Kommodifizierung von Care Ungleichheit entlang der Kategorien Race, Klasse und Geschlecht verschärft, ist hinlänglich bekannt (Lutz/Palenga-Möllnbeck 2011). Es ist davon auszugehen, dass Betreuungsgengpässe diese Ungleichheitsverhältnisse weiter verschärfen. Erste Forschungsergebnisse zu Live-In-Care-Arbeiter*innen in Deutschland, der Schweiz und Österreich weisen bereits jetzt darauf hin (Leiblfinger et al. 2020). Eine Zunahme von Essenslieferungen und anderer Leistungen der Gig-Economy ist ebenfalls zu konstatieren (Milkman et al. 2020). Die Corona-Krise wird somit weitere „hochproblematische Formen der Privatisierung und Vermarktlichung, der Naturalisierung und Externalisierung“ von Care mit sich bringen (Villa 2020, 447). Während Doppelverdienst-Paare Haus- und Sorgearbeit zumindest in Teilen outsourcen können, sind Menschen mit irregulären oder geringfügig entlohnten Arbeitsverhältnissen, wie Minijobs, ausgeschlossen vom Kinderkrankengeld und haben damit nur die Möglichkeit, Entschädigungsleistungen in Höhe von 67% des Einkommens über §56 IfSG zu erhalten. Eine weitere Normierung und Engführung des Gesetzes schließt alternative Sorgearrangements und Familienkonzepte jenseits der Kleinfamilie aus (Auth/Leiber/Leitner 2011). Auch hier orientiert sich der Gesetzgeber also an Normalarbeitsverhältnissen und den Anforderungen von heteronormativen Kleinfamilien (Laufenberg/Schultz 2021).

Weiterhin versteht die Ausweitung des Kinderkrankengeldes Betreuungsleistungen als Krankheit, die eine Ausnahme zum Normalbetrieb darstellt. Pflege- und Betreuungsleistungen werden damit zu einem Defizit in Arbeitsbiografien gemacht, welche das „Humanvermögen“ von Arbeitnehmer*innen vorübergehend einschränken (Schultz/Kyere 2020). In vielen Arbeitsverhältnissen wirken sich solche ‚Ausfälle‘ jedoch negativ auf die Karrieremöglichkeiten der betroffenen Eltern, meist der Mütter aus. Auch wenn die Langzeitfolgen noch nicht bekannt sind, so ist davon auszugehen, dass Karriereeinschnitte langfristig insbesondere Mütter benachteiligen. Ein bereits jetzt eintretender Effekt ist etwa der Rückgang von Forschungszeit und Publikationen von Wissenschaftlerinnen mit Kindern während der Pandemie (Yildirim/Eslan-Ziya 2021).

Als so genannter Ausgleich für die „besonderen Belastungen“ von Familien während der Pandemie wurde 2020 und 2021 ein einmaliger Corona Bonus von 300 bzw. 150 Euro bezahlt (Bundesagentur für Arbeit 2021). Darüber hinaus wurden kostengünstige Familienurlaube finanziert und ein Kinderzuschlag für Familien mit sehr kleinem Einkommen eingeführt. Diese monetären Leistungen sollen, laut BMFSFJ, Familien dabei helfen „sich von den Strapazen der Corona-Pandemie erholen [zu] können“ (BMFSFJ 2021c). Auch wenn kleinere Beträge wie Corona-Boni und Unterstützung für Familienurlaube erstmal begrüßenswert sind, so ändern diese kosmetischen Maßnahmen jedoch nichts an der weiteren Verschiebung der reproduktiven Kosten und Belastungen der Pandemie in Privathaushalte und dabei vorrangig an feminisierte Personen. Der Staat kann somit die Reproduktionsverhältnisse aufrechterhalten, indem Care-Arbeiten kostengünstig in doppelter Weise privatisiert werden:

durch eine Ausweitung der Kommodifizierung sowie durch die Re-Familialisierung von Sorgearbeiten (Lister 2003, Laufenberg/Schultz 2021).

Fazit

Der materialistisch-feministische staatstheoretische Zugang zu COVID und Sorgearbeit hat gezeigt, inwiefern staatliche Politiken die (Re)Privatisierung unbezahlter Sorgearbeit fördern. Reproduktionsverhältnisse werden aufrechterhalten, indem minimal in unbezahlte Care-Arbeit investiert wird, z.B. durch Kinderkrankentage oder Corona-Boni. Ein Großteil der Staatsausgaben während der Pandemie wird hingegen für Unternehmen geleistet. Care-Arbeit wird zwar teilweise durch Lohnersatzleistungen kompensiert, aber die Leistungen selbst kommen vor allem Doppelverdiener*innen mit höheren Einkommen zugute. Sorgearbeit wird durch Kompensierung über das Kinderkrankengeld als Krankheit verstanden und als vorübergehende Abweichung von Normalerwerbsverhältnissen gesehen. Da diese Maßnahmen jedoch auf ein staatlich reguliertes Ernährer-Zuverdienerin-Modell treffen, sind es insbesondere feminisierte Personen, die diese Maßnahmen in Anspruch nehmen. Während unbezahlte Sorgearbeit also als ständig verfügbare Ressource in der Corona-Krise vorausgesetzt wird, wird sie gleichzeitig abgewertet und nur unzureichend finanziell kompensiert. Die familienpolitischen Leistungen begünstigen zudem die Privatisierung von Sorgeleistungen durch haushaltsnahe Dienstleistungen im Kontext einer plattformbasierten Ökonomie, welche eng mit der Verschärfung von intersektionalen Ungleichheitsverhältnissen einhergeht.

Unklar ist noch, wie sich die beschriebenen familienpolitischen Leistungen langfristig auswirken werden und inwiefern sich Maßnahmen der neuen Bundesregierung auf die Verteilung und Anerkennung von sozialer Reproduktionsarbeit auswirken. Während ich diesen Artikel schreibe (Februar 2022), laufen viele der bisherigen Maßnahmen in Kürze aus, während die Infektionszahlen gleichzeitig so hoch sind wie nie und sich die Corona-Variante Omikron rasant verbreitet hat. Eine Verbesserung der Lage ist also vorerst nicht in Sicht. Auch haben sich bisher die feministischen Hoffnungen zerschlagen, dass COVID zu einem Umdenken führt und menschliche statt kapitalistische Bedürfnisse ins Zentrum gerückt werden. Die aktuelle Situation gibt zwar feministischen Initiativen wie dem Frauen*Streik Aufwind, der sich die Anerkennung von Haus- und Sorgearbeit auf die Fahnen geschrieben hat und nun von der größeren Aufmerksamkeit profitiert (Gärtner 2020). Jedoch bildet unbezahlte reproduktive Arbeit mehr als zuvor die Grundlage kapitalistischer Akkumulation oder in den Worten von Salzinger (2021, 10): „Capitalist exploitation is a parasite; social reproduction is its host, and right now the host is not thriving.“ Eine Gesellschaft, die menschliche Bedürfnisse statt kapitalistischer Verwertungslogik ins Zentrum stellt, ist daher nicht nur wünschenswert, sondern lebensnotwendig.

Anmerkung

- 1 Laufenberg/Schultz (2021) und Plomien/Scheele/Sproll (2022) analysieren explizit staatliche Politiken, beziehen sich jedoch wenig auf staatstheoretische Perspektiven.

Literatur

Althusser, Louis, 2014: On the Reproduction of Capitalism: Ideology and Ideological State Apparatuses. London, New York.

Auth, Diana/**Leiber**, Simone/**Leitner**, Sigrid, 2011: Sozialpolitik als Instrument der Geschlechtergerechtigkeit. In: Gruppendynamik und Organisationsberatung. 42, 151-162.

Beier, Friederike/**Haller**, Lisa Yashodhara/**Haneberg**, Lea, 2018: Plädoyer für einen materialistischen Feminismus. In: Beier, Friederike/Haller, Lisa Yashodhara/Haneberg, Lea (Hg.): materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität. Münster, 7-15.

Berliner Senat, 2021: Liste für die Notbetreuung Kita. Internet: <https://www.berlin.de/sen/bjf/corona/uebersicht-der-berufsgruppen-notbetreuung.pdf> (21.12.2021).

BMFSFJ, 2021a: Corona-Pandemie. Fragen und Antworten zu Kinderkrankentagen und zum Kinderkrankengeld. Internet: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/corona-pandemie/kinderbetreuung-bei-schul-und-kitaschliessungen/faq-kinderkrankentage-kinderkrankengeld/fragen-und-antworten-zu-kinderkrankentagen-und-zum-kinderkrankengeld-164976?view=30.11.2021>.

BMFSFJ, 2021b: Chancen und Teilhabe für Familien. Internet: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/alleinerziehende> (21.12.2021).

BMFSFJ, 2021c: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Corona-Pandemie. Finanzielle Unterstützung. Internet: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/corona-pandemie/finanzielle-unterstuetzung> (30.11.2021).

Bundesagentur für Arbeit, 2021: Kinderbonus: Anspruch, Auszahlung, Höhe. Internet: <https://www.arbeitsagentur.de/familie-und-kinder/kinderbonus> (30.11.2021).

Czymara, Christian S./**Langenkamp**, Alexander/**Cano**, Tomás, 2021: Cause for concerns: gender inequality in experiencing the COVID-19 lockdown in Germany. In: European Societies, 23: 68-81.

DESTATIS, 2021: Statistisches Bundesamt. Gender Pay Gap 2019: Deutschland bleibt eines der EU-Schlusslichter. Internet: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/GenderPayGap.html> (21.12.2021).

Dauderstädt, Michael, 2021: Wirtschaftsprogramme gegen die Pandemiekrise – Deutschland im internationalen Vergleich. In: Wirtschaftsdienst. 101, 362-368.

Dowling, Emma. 2020: The Care Crisis: What Caused It and How Can We End It? New York.

Eichner, Maxine, 2015: The supportive state. Government, dependency, and responsibility for caretaking. In: Engster, Daniel/Hamington, Maurice (Hg.): Care Ethics and Political Theory. Oxford.

Foissner, Franziska/**Glassner**, Vera/**Theurl**, Simon, 2021: Krisengewinner Patriarchat? Wie die COVID-Arbeitsmarktkrise Frauen trifft. In: Filipič, Ursula/Schönauer, Annika (Hg.): Ein Jahr Corona: Ausblick Zukunft der Arbeit. Wien, 56-68.

Gärtner, Teresa, 2020: Geteilte Erfahrungen als Ausgangspunkt für Veränderung: Kinderbetreuung in der Covid-19-Krise. In: Femina Politica. 29 (2), 131-32.

Gramsci, Antonio, 2005: Selections from prison notebooks. London.

Haller, Lisa Yashodhara, 2021: Wirkung, Einfluss und Folgen im Mehrebenenesign – Steuerungsstrategien zur elterlichen Arbeitsteilung und ihre Übersetzung. In: Femina Politica. 30 (1), 9-10.

Hipp, Lena/Bünning, Mareike, 2021: Parenthood as a driver of increased gender inequality during COVID-19? Exploratory evidence from Germany. In: *European Societies*. 23 (sup1), 658-673.

IfSG, 2020: Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG). Internet: https://www.gesetze-im-internet.de/ifsg/__56.html (21.12.2021).

Jessen, Jonas/Spieß, C. Katharina/Wrohlich, Katharina, 2021: Sorgearbeit während der Corona-Pandemie: Mütter übernehmen größeren Anteil-vor allem bei schon zuvor ungleicher Aufteilung. In: *DIW Wochenbericht* 2021. 9, 131-139.

Kabeer, Naila/Razavi, Shahra/ van der Meulen Rodgers, Yana, 2021: Feminist Economic Perspectives on the COVID-19 Pandemic. In: *Feminist Economics*. 27 (1-2), 1-29.

Laufenberg, Mike/Schultz, Susanne, 2021: The Pandemic State of Care. Care Familialism and Care Nationalism in the COVID-19-Crisis. The Case of Germany. In: *Historical Social Research / Historische Sozialforschung*. 46 (4), 72-99.

Leibfänger, Michael/Prieler, Veronika/Schwiter, Karin/Steiner, Jennifer/Benazha, Aranka/Lutz, Helma, 2020: Impact of COVID-19 policy responses on live-in care workers in Austria, Germany, and Switzerland. *Journal of Long-Term Care*. 144-150.

Lister, Ruth, 2003: *Citizenship: Feminist Perspectives*. New York.

Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit, 2010: Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufung materialistischer Staatstheorie. In: Demirovic, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Baden-Baden. 173-188.

Lutz, Helma/Palenga-Möllenbeck, Ewa, 2011: Care, gender and migration: Towards a theory of transnational domestic work migration in Europe. In: *Journal of Contemporary European Studies*. 19 (3), 349-364.

Marx, Karl 1961: *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin.

McIntosh, Mary, 1978: The state and the oppression of women. In Kuhn, Annette/Wolpe, Ann-Marie (Hg.): *Feminism and Materialism*. London. 254-289.

Milkman, Ruth/Elliott-Negri, Luke/Griesbach, Kathleen/Reich, Adam, 2020: Gender, Class, and the Gig Economy: The Case of Platform-Based Food Delivery. In: *Critical Sociology*. 47 (3), 357-372.

NDR, 20.04.2021. Kinderkrankengeld kommt an. Internet: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/kinderkrankengeld-bilanz-101.html> (21.12.2021).

Pateman, Carole/Phillips, Anne, 1987: Feminist critiques of the public/private dichotomy. In: Phillips, Anne (Hg.): *Feminism and Equality*. New York. 103-126.

Plomien, Ania/Scheele, Alexandra/Sproll, Martina, 2022: Social Reproduction and State Responses to the Global Covid-19 Pandemic: Keeping Capitalism on the Move? In: Kupfer, Antonia/Stutz, Konstanze (Hg.): *Covid, Crisis, Care, and Change? International Gender Perspectives on Re/Production, State and Feminist Transitions*. Opladen.

Poulantzas, Nicos, 1978: *State, Power, Socialism*. New York.

Reichelt, Malte/Makovi, Kinga/Sargsyan, Anahit, 2021: The impact of COVID-19 on gender inequality in the labor market and gender-role attitudes. In: *European Societies*. 23 (sup1), 228-245.

Salzinger, Leslie, 2021: Seeing with the Pandemic: Social Reproduction in the Spotlight. In: *Feminist Studies*. 47 (3).

Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie, 2011: Feminist Perspectives on the Internationalization of The State. In: *Antipode*. 43 (1), 108-128.

Schultz, Susanne/Kyere, Anthea, 2020: Humanvermögen und Zeitpolitik als familienpolitische Konzepte in Deutschland. Eine Kritik aus der Perspektive der Reproductive Justice. In: Rau,

Alexandra/Dackweiler, Regina-Maria/Schäfer, Reinhild (Hg.): Frauen und Armut – Feministische Perspektiven. Opladen. 201-218.

UNICEF, 2021: COVID-19 and School Closures. Internet: <https://data.unicef.org/resources/one-year-of-covid-19-and-school-closures/#> (30.11.2021).

Villa, Paula-Irene, 2020: Corona-Krise meets Care-Krise–Ist das systemrelevant? In: Leviathan. 48 (3), 433-450.

Yildirim, T. Murat/**Eslen-Ziya**, Hande, 2021: The differential impact of COVID-19 on the work conditions of women and men academics during the lockdown. In: Gender, Work & Organization. 28 (S1), 243-249.

Best Practice: Gewaltschutz im Zeichen von COVID-19

BRIGITTE TEMEL

Zu Beginn der COVID-19-Pandemie warnten Gewaltschutzexpert:innen und Wissenschaftler:innen vor einer Zunahme von Gewalt gegen Frauen in Zeiten von Krisen und forderten, dass die Politik dies in ihrem Handeln berücksichtigen müsse. So sprach etwa UN Women von Gewalt gegen Frauen während COVID-19 als Schattenpandemie (Haddad 2021).

Im Zeitraum November 2020 bis Oktober 2021 habe ich eine Best-Practice-Analyse von während COVID-19 umgesetzten Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen im häuslichen bzw. partnerschaftlichen Kontext durchgeführt (Temel 2021). Die Studie fokussierte auf den europäischen Raum und zielte auf Policy-Empfehlungen für die österreichische Politik.¹ Methodische Pfeiler der Studie waren neben einer Literatur- und Internetrecherche insbesondere die Analyse zweier Quellen: der Website des Europarats sowie des COVID-19 Global Gender Response Trackers. Letzterer dokumentiert Maßnahmen, welche weltweit von staatlicher Seite implementiert wurden, um auf die COVID-19 Pandemie zu reagieren. Der Tracker legt dabei einen Schwerpunkt auf geschlechtersensible Aktivitäten² und erfasst Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene. Er dokumentiert, inwieweit diese die ökonomische und soziale Sicherheit von Frauen spezifisch berücksichtigen – hierbei wird etwa nach unbezahlter Care-Arbeit, dem Arbeitsmarkt sowie Gewalt gegen Frauen gefragt. Betreut wird der Tracker vom United Nations Development Programme (UNDP) sowie von UN Women. Zusätzlich wurden ergänzende und vertiefende Interviews mit Praktiker:innen aus dem Gewaltschutzbereich geführt, beispielsweise einer Mitarbeiterin des Rosa Centrum in Tschechien. In diesem Beitrag stelle ich einerseits beispielhaft Good-Practice Beispiele vor, andererseits werfe ich eine kritische Perspektive auf den Umgang mit Gewalt gegen Frauen während COVID-19 und die oftmals lediglich reaktive Natur von implementierten Maßnahmen.